

Soll man ein öffentliches Gut privatisieren?

Wasser ist als Lebensmittel nicht ersetzbar

Redner/in: Bundesumweltminister Jürgen Trittin
Anlass: CEO Summit / Welt-Wasser-Kongress IWC Berlin
Berlin, 15.10.2001

Anrede

Ich freue mich sehr, dass Sie aus so vielen Ländern der Erde nach Berlin gekommen sind, um gemeinsam Strategien für eine nachhaltige Nutzung unserer begrenzten Süßwasserressourcen zu entwickeln.

Uns eint das Ziel - aber die Ausgangslage in unseren Herkunftsländern ist höchst unterschiedlich. Ich selbst habe mich in zwei Ländern intensiv mit Fragen der Wasserversorgung beschäftigt. In Eritrea und in Deutschland. Und ich möchte gerne von beiden ein wenig berichten, weil das die schwierige Aufgabe deutlich macht, die vor uns liegt.

In Eritrea habe ich Anfang der 90er Jahre, damals noch als Landesminister in Niedersachsen, Solarbrunnen anlegen lassen. Damit hatten die Siedlungen ausreichend Wasser - und sauberes Wasser. Für die Frauen und Mädchen, die traditionell fürs Wasserholen zuständig sind, brachten die Brunnen im Ort außerdem eine enorme Zeitersparnis. Aber es gab hitzige Diskussionen, ob man dem Brunnenverantwortlichen für dieses Wasser etwas bezahlen müsste - oder ob auch dieses Wasser ein lebensnotwendiges Gut wäre, das allen kostenfrei zur Verfügung stehen müsse.

Noch heute sind Frauen und Mädchen in vielen ländlichen Regionen stundenlang unterwegs zum Flussbett und schleppen auf dem eigenen Rücken einen 20-l-Wasserkarister zurück nach Hause. 20 Liter - das ist dann die Tagesration für eine fünfköpfige Familie. Diese 20 l zu kaufen, würde ca. 1 Mark kosten.

Wegen des Wassermangels sind Hautkrankheiten an der Tagesordnung. Die Kindersterblichkeit ist hoch. Acht- oder zehnjährige Mädchen haben schon Rückgratschädigungen. Vor allem bleiben die Töchter Analphabetinnen. Denn wenn sie mehrere Stunden allein zum Wasserholen brauchen, fehlt die Zeit und fehlt die Kraft, auch noch in die zwei Stunden entfernt liegende Schule zu gehen. Das frauenspezifische Problem von Armut und Unterentwicklung zieht sich in die nächste Generation.

25 % der Menschheit - also jeder vierte - hat heute keinen Zugang zu ausreichender Trinkwasserversorgung. Dieser Mangel wird buchstäblich auf dem Rücken von Frauen und Mädchen ausgetragen. So lange die Wasserversorgung schlecht ist, haben wir eine Zweiklassengesellschaft der Geschlechter. Gleichberechtigung und Empowerment sind in vielen ländlichen Regionen der Dritten Welt erst zu erreichen, wenn es eine bessere Wasserversorgung gibt. Jedenfalls für die Masse der armen Menschen. Wir alle, egal aus welchem Land wir kommen, wir alle sind hier in der Verantwortung. Ich hoffe, dass wir hier beim CEO-Summit in Berlin und im Dezember bei der Internationalen Süßwasserkonferenz in Bonn einen großen Schritt vorankommen.

Nun zu Deutschland. Der Gedanke, mangelnde Wasserversorgung behindere die Gleichberechtigung, käme hier jedem abstrus vor: 99 % aller Haushalte sind an öffentliche Wasserversorgungsanlagen angeschlossen. Vielen ist gar nicht mehr bewusst, dass Wasser aus der Natur kommt.

Der pro-Kopf-Wasserverbrauch in Deutschland ist seit 1990 kontinuierlich gesunken: auf 127 l am Tag. Die Wasserpreise sind nur geringfügig um etwa 1,5 % gestiegen. Die knapp 130 l kosten heute ca. 40 Pfennig. Auch die Abwasserkosten haben sich nur leicht erhöht, im Bundesdurchschnitt um 0,3 %.

Wir haben in Deutschland ausreichend Wasser und eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Wasserver- und -entsorgung. Auch die Wasserqualität der Bäche und Flüsse hat sich dank zahlreicher Umweltschutzmaßnahmen wieder wesentlich verbessert. 95 % der Haushalte haben eine Kanalisation und 93 % sind an Kläranlagen angeschlossen.

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie wird den qualitativen und quantitativen Zustand der Gewässer durch grenzüberschreitende und integrierte Maßnahmen in den Einzugsgebieten von Flüssen noch weiter verbessern.

In Deutschland diskutieren wir derzeit über Liberalisierung und Privatisierung. Der wachsende Weltmarkt für Wasser und die Brüsseler Pläne zur Deregulierung und Entkommunalisierung der Trink- und Abwasserwirtschaft konfrontieren uns - im Kern, wengleich auf anderer Ebene - mit der gleichen Frage wie die Eritreer der Brunnenbau. Die Kernfrage ist hier wie dort: Soll Wasser ein öffentliches Gut bleiben - oder darf man es privatisieren?

Was für Strom, Gas und Telekommunikation gilt, muss nicht zwangsläufig auch für die Wasserwirtschaft gelten. Viele versprechen sich von einem freien Wettbewerb Kundenvorteile durch sinkende Wasserpreise. Sie hoffen, auf den internationalen Märkten konkurrenzfähiger zu werden. Dafür habe ich Verständnis. Die Ziele sind unbestritten begrüßenswert. Aber andererseits ist Wasser kein Handelsgut wie andere.

Trinkwasser ist überall in der Welt das Lebensmittel, das durch kein anderes ersetzt werden kann. Die quantitativ ausreichende Versorgung der Bürger mit gesundheitlich unbedenklichem Wasser ist eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Das Recht der Qualitätskontrolle können wir daher keinesfalls an private Betreiber abgeben. Wir werden auch keine Aufweichung des Gewässerschutzes zulassen.

Damit spreche ich mich nicht grundsätzlich gegen jeglichen Strukturwandel in der Wasserversorgungswirtschaft oder gegen Wettbewerb aus. Aber qualitative Versorgungssicherheit und das Leitbild nachhaltiger Entwicklung haben Vorrang vor Prinzipien wie Liberalisierung und Privatisierung. Wer Liberalisierung und Privatisierung will, soll geeignete Modelle entwickeln, mit denen wir gleichzeitig Priorität für Nachhaltigkeit wahren können.

Wir müssen ernstnehmen, dass viele Entwicklungsländer die stärkere Privatisierung und Liberalisierung in der Wasserwirtschaft als Bedrohung ansehen. Sie fürchten, dass Konzerne sich aufgrund eigener wirtschaftlicher Interessen über das Grundbedürfnis der lokalen Bevölkerung auf Wasser hinwegsetzen. Sie fürchten steigende Verbraucherpreise, die arme Familien nicht mehr zahlen können.

Andererseits: Nur mit staatlicher Entwicklungshilfe werden wir keine ausreichende Wasserver- und -entsorgung im Süden aufbauen können. Wir brauchen Partner aus der Privatwirtschaft. Kooperation ist trotzdem nur möglich, wenn wir einen Konsens über das Ziel haben. Das Ziel ist eine nachhaltige Versorgung. Es reicht nicht mehr aus, zu sagen, die Wasserwirtschaft diene per se einer nachhaltigen Entwicklung.

Ein gutes Instrument, Vertrauen zu schaffen, ist z. B. ein code of conduct. Eine Selbstverpflichtung, die alle Beteiligten gemeinsam im Dialog entwickeln und die verbindliche Vorgaben enthält. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie, die Vertreter der Wasserwirtschaft, sich international für die Einführung eines code of conduct einsetzen würden. Die Entwicklung einer solchen Absichtserklärung wäre auch ein positives Signal für die Internationale Süßwasserkonferenz in Bonn im Dezember 2001 und für den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

Auf der Bonner Süßwasserkonferenz vom 3.-7. Dezember muss es uns in etlichen Arbeitsfeldern gelingen, aktionsorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und insbesondere armen Schichten der Bevölkerung einen besseren Zugang zu Wasser ermöglichen. Zu diesem Zweck müssen wir alle Akteure und Akteurinnen einbeziehen. Lösungen werden vor allem in der Verbindung von lokalem know-how mit guter Regierungsführung, Effizienzsteigerung und innovativen Finanzierungsmöglichkeiten liegen.

Vor allem brauchen wir in Nord und Süd eine ökologische Neuorientierung der Landwirtschaft. Ich weiß, dass das z. B. in Malariagebieten (DDT) Probleme mit sich bringt. Aber dafür müssen wir Lösungen finden.

Regional müssen Konsensentscheidungen erzielt werden, wer wie viel Wasser auf welche Weise für einen bestimmten Zweck nutzen darf. Eine Konsequenz solcher Entscheidungen kann sein, dass sich Verbraucher im Norden umstellen müssen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Brasilien werden 22 Liter Trinkwasser zur Produktion von einem Liter Orangensaft vergeudet, der bei uns - je nach Geschäft - nur eine Mark kostet (in Florida sogar 1000 l Trinkwasser für 1 l Orangensaft!). Wir müssen Globalisierung und Gerechtigkeit zusammenbringen.

Die Globalisierung wird ein zentrales Thema des Johannesburger Gipfels sein. Der Begriff hat sich in den vergangenen zehn Jahren chamäleonartig gewandelt. 1992 in Rio sprach man von der Globalisierung der Umweltschäden. Dann kam Clinton und sprach von der Globalisierung der Märkte. Heute verbinden wir mit Globalisierung Devisentransaktionen rund um den Globus. Wir haben vernetzte und grenzüberschreitende Produktionsstrukturen, die sich der demokratischen Kontrolle des einzelnen Staates weitgehend entziehen. Aber wir verbinden mit Globalisierung auch das Satellitenbild vom fragilen Blauen Planeten, dessen Ökosystem eben durch die anderen Aspekte der Globalisierung gefährdet ist.

All das löst Ängste aus, teilweise auch erbitterten Widerstand wie zuletzt beim G8-Gipfel in Genua. Trotzdem wäre es falsch, die Globalisierung pauschal zu verteufeln. Sie birgt sowohl Risiken als auch Chancen. Das heißt: Wir müssen die Globalisierung nutzen. Für globalen Umweltschutz. Ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen ist nötig, um den Erhalt des Blauen Planeten sicherzustellen. Denn er ist mehr als nur ein rundes Operationsfeld für gewinnträchtige Investitionen. Er ist das einzige Wohnzimmer des Menschen. Deshalb brauchen wir eine verbindliche Hausordnung.

Johannesburg bietet die historische Chance, sich auf zukunftsfähige Grundregeln zu einigen und zu spezifischen Problemen konkrete Lösungen zu entwickeln. Da ein so großes Haus mit so vielen Bewohnern auch einen starken Hausmeister oder Verwalter braucht, setze ich mich dafür ein, dass der Johannesburg-Gipfel das Umweltprogramm der Vereinten Nationen zu einer Internationalen Umweltorganisation aufwertet. Wir brauchen einen institutionalisierten Anwalt globaler Gerechtigkeit für den Bereich Umweltschutz und Ökologie.

Genauso brauchen wir die Bereitschaft aller Hausbewohner, den Frieden durch mehr Gerechtigkeit auch bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen zu wahren. Lassen Sie mich deshalb zum Abschluss noch ein paar Sätze zum Klimaschutz sagen, bei dem sich die deutsche Bundesregierung sehr engagiert. Klimaschutz ist für die Verfügbarkeit von Süßwasser enorm wichtig - das hat auch die (am Redetag) gerade zu Ende gegangene UN-Wüstenkonferenz in Genf wieder gezeigt. Wir waren uns beim Bonner Klimagipfel einig, dass wir das Kyoto-Protokoll in Kraft sehen wollen, wenn der Gipfel in Johannesburg beginnt. Deshalb appelliere ich an Sie alle, als Lobbyisten mit dazu beizutragen, dass Ihre Länder das Kyoto-Protokoll ratifizieren.

Ich würde mir sehr wünschen, dass hier bei der IWA ein Selbstverständnis der großen Wasserversorger entsteht, das die Süßwasserkonferenz in Bonn beflügelt. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Tagung einen sehr guten Verlauf.